

# Thorner Zeitung



Begründet

anno 1760

## Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäftsstelle oder den Ausgabestellen in Thorn, Mader und Podgorz 1,80 Mk., durch Boten freilins Haus gebracht 2,25 Mk. bei allen Postanst. 2 Mk., durch Briefträger 2,42 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstraße 11.  
Telegr.-Nr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 46  
Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Schumann in Thorn.  
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung G. m. b. H. in Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgepaltene Beitzelle oder deren Raum 15 Pf. Kleinere die Beitzelle 30 Pf. Anzeigenannahme für die abends erscheinende Nummer bis spätestens 1 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle.

Nr. 11.

Dienstag, 14. Mai

Zweites Blatt.

1907.

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Thorn, 13. Mai.

Am Sonnabend nachmittag traten die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen. Anwesend waren vom Magistrat: Oberbürgermeister Dr. Kersten, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelsch, Stadtbaurat Bauer und Stadtrat Falkenberg, vom Stadtverordnetenkollegium: 31 Mitglieder. Kurz nach 3 Uhr eröffnete Stadtverordneter-Vorsitzer Prof. Boethke die Sitzung. — Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der Entwurf neuer

Satzungen für die städtische Sparkasse. Ueber die Vorlage, die bereits auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung stand, wegen der vorgeschrittenen Zeit aber zurückgestellt worden war, referierte

Stv. Hellmoldt: Die Satzungen für die städtische Sparkasse haben notwendigerweise eine Aenderung erfahren müssen, nachdem beschlossen worden war, daß die Verzinsung eine andere sein solle als bisher. Früher kamen bei der Verzinsung nur volle Monate in Betracht. Jetzt erfolgt die Verzinsung an dem der Einlage folgenden bis zu dem der Auszahlung vorangegangenen Tage. Eine weitere Aenderung ist vorgenommen worden auf die Anregung des Verbandsrevisors hin, der geltend gemacht hatte, daß die bisherige Art und Weise der Vergütung von hypothekarischen Darlehen, nämlich in öffentlicher Versammlung, viele Darlehensnehmer veranlasse, mit ihrem Antrage nicht hervorzutreten. Es empfehle sich daher wie bei anderen Sparkassen, hypothekarische Darlehen in einer kleineren Körperschaft, dem Sparkassenkuratorium, unter Zustimmung des Magistrats zu vergeben. Daraufhin ist auch im neuen Statut diese Aenderung getroffen. Weiter sind in dem Statut eine Anzahl Fremdwörter ausgemerzt. — Referent ging dann kurz die einzelnen Paragraphen des Statuts durch, wobei er bemerkte, daß einige Paragraphen, wie § 1 und § 2 unverändert geblieben seien. § 3 handelt davon, daß Zweigstellen der städtischen Sparkasse in der Stadt Thorn, wie im Landkreis Thorn errichtet werden können. In dem alten Statut lautete der in Frage kommende Passus „im Kreise Thorn“. § 4 erhält eine ganz neue Fassung: Die Sparkasse nimmt Einlagen von 1 Mk. aufwärts an. Einlagen von über 3000 Mk. anzunehmen, liegt im Ermessen des Vorstandes. . . . Hierfür kann auch ein anderer Zinssatz eintreten. Eine weitere Bestimmung bezieht sich auf die Kündigung. § 5 behandelt die Verzinsung selbst. Man hat den Zinssatz von 3 Prozent unverändert gelassen. Jede Veränderung des Zinssatzes muß 14 Tage vorher amtlich bekannt gegeben werden. § 6 nimmt auf die oben bereits erwähnte Berechnung der Verzinsung Bezug. § 8 erhält eine neue Fassung. Er behandelt die Rückzahlung der Einlagen. Einlagen bis 100 Mk. werden z. B. sofort zurückgezahlt, bis 200 Mk. nach 14tägiger Kündigung, über 500 Mk. nach dreimonatlicher. Der Sparkasse steht das Recht zu, bei der gleichen Kündigungsfrist die Einlagen zurückzuzahlen.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte Bürgermeister Stachowitz, daß die Kasse in dringenden Fällen, soweit es der Kassenbestand erlaubt, auch größere Summen sofort zurückzahlen und dem Publikum nach jeder Richtung hin entgegenzukommen bestrebt sei.

Der Referent fuhr dann weiter in seinen Erläuterungen fort. § 9 betrifft das Vorliegen der Sparkassenbücher: Wird ein Sparkassenbuch während 30 Jahren nicht vorgelegt, dann hört die Verzinsung auf. Nach einem Zeitraum von 50 Jahren verfällt, falls sich der Besitzer nicht meldet, der Betrag nach öffentlicher Bekanntmachung der Stadtgemeinde Thorn für wohltätige Zwecke. — Hierzu bemerkte

Bürgermeister Stachowitz, daß die erste Bestimmung, das Aufhören einer Verzinsung nach 30 Jahren, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende, während das Verfallen eines Sparkassenbuches nach 50 Jahren, wenn sich der Besitzer nicht meldet, auf Grund neuerer

ministerieller Entscheidungen in das Statut aufgenommen sei.

§ 10 des neuen Statuts behandelt die Ausleihe von Kapitalien auf Wechsel mit mindestens zwei sicheren Unterschriften, ferner Ausleihe von Kapitalien auf Schuldscheine bei zweiwöchentlicher Kündigung und regelmäßigen Abzahlungen.

Bürgermeister Stachowitz gab zu diesem Paragraphen Erläuterungen: Bisher wurden Darlehne gegen Dreimonatswechsel gegeben. Jetzt können Wechsel auch mit sechsmonatlicher Frist ausgestellt werden. Früher wurden die Wechsel gewöhnlich nach 3 Monaten bei einer Abzahlung von 10 Prozent auf 3 weitere Monate prolongiert, jetzt wolle man aber die Wechsel schon auf 6 Monate ausstellen, um Stempelausgaben z. zu ersparen. Die größte getroffene Neuerung bezieht sich aber auf die Gewährung von Darlehen gegen Schuldscheine. Man habe geglaubt, diese neue Einföhrung werde sich angesichts der strengen Wechselform bewähren, ohne daß sich hierbei Nachteile für die Sparkasse ergeben könnten. Die Schuldscheine sind von vornherein auf Abzahlung eingerichtet. Dies bedeutet eine ganz wesentliche Erleichterung für den Personalkredit. Schuldscheindarlehen werden nur an Einwohner der Stadt Thorn vergeben, wobei man von dem Prinzip ausgeht, daß die Sparkassenvorstände die Darlehensnehmer genau kennen und die ausschlaggebenden Verhältnisse beurteilen können. Bei den Schuldscheinen ist von der neuen Bestimmung über Bürgen ganz abgesehen worden, wobei man aber ein Faustpfand oder andere Sachen als Sicherheit annimmt. Daß die Sparkassenvorstände an derartige Darlehen mit Vorzicht herantreten, ergibt sich von selbst. Alle Schuldscheine sind auf 14tägige Kündigung berechnet. Was die Einklagung der Darlehen auf Schuldscheine anbelangt, so ist dieselbe wie bei den Wechseln. Eine Schädigung und Gefahr für die Sparkasse tritt nicht ein. Der Personalkredit wird mehr in Anspruch genommen.

Eine weitere Bestimmung des § 10 bezieht sich auf hypothekarische Darlehen. Diese bedürfen von nun an der Genehmigung des Magistrats, früher der städtischen Behörden — Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. — Auf eine Anfrage des Stv. Bock bemerkte

Bürgermeister Stachowitz, daß das Sparkassenkuratorium aus Mitgliedern des Magistrats: Er — Stachowitz — sei Vorsitzender, Stadtrat Glückmann stellvertretender Vorsitzender — und 3 Stadtverordnete, den Herren Wsch, Hellmoldt und Wolff, bestehe.

Stv. Bock hielt diese Anzahl für zu klein. Die Verantwortung des Sparkassenkuratoriums sei groß. Es würde sich empfehlen, die Mitgliederzahl des Kuratoriums zu erweitern.

Bürgermeister Stachowitz entgegnete, daß zu den Beschlüssen des Kuratoriums die Zustimmung des Magistrats erforderlich sei, der 16 Mitglieder zähle. Hier sei eine ausgiebige Beurteilung der Darlehensgesuche doch möglich. Zudem habe man bei hypothekarischen Darlehen feste Unterlagen. Es werde da nur der 10- bis 12 1/2-fache Nutzungswert als Darlehn bewilligt. Bei einer größeren Mitgliederzahl des Kuratoriums müßte dessen Bewegungsfreiheit leiden. Eine genügende Sicherheit sei stets gegeben.

Stv. Wolff schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und fügte hinzu, daß die neue Fassung des § 10 im Interesse der Darlehensnehmer erfolgt sei.

Aus den weiteren Ausführungen des Referenten ist erwähnenswert, daß § 14 des neuen Statuts die Führung der Kassengeschäfte behandelt. Diese wird von städtischen Beamten besorgt, die eine Haftsumme zu hinterlegen haben, deren Höhe vom Magistrat festgesetzt wird. Nach § 18 wird die Ausstellung von Quittungen beibehalten. Hierzu bemerkte

Bürgermeister Stachowitz, daß die größten Sparkassen die Quittungen bei Aushändigung von Einlagen fallen gelassen haben, weil diese Quittungen keinen besonderen Wert hätten. In Thorn habe man aber vorläufig nicht die Absicht, die Quittungen fallen zu lassen.

Stv. Dreier regte an, wenn man nun einmal schon daran gehe, die Fremdwörter aus

dem Statut aus zumerzen, auch statt „Quittung“ „Empfangsbekundigung“ zu setzen.

Stv. Trommer entgegnete, man müsse die Verdeutschung mit Maß betreiben; im übrigen sei „Quittung“ ein gutes deutsches Wort, das auch im Gesetzbuch enthalten sei.

§ 20 sieht beim Verlorengang von Sparkassenbüchern vor, daß hierüber besondere Register zu führen seien.

Stv. Mallon bemängelte den jetzigen Sparkassenraum; der Raum für die Beamten wäre ein äußerst beengter.

Bürgermeister Stachowitz entgegnete, daß die Wand zwischen der Steuer- und Sparkasse nicht weiter geführt werden könne; im übrigen beziehe sich jetzt die Hauptfrage nicht auf den Raum, der zwar gegen früher etwas enger geworden sei, der Platz sei aber so verteilt, daß er ausreiche, auch für das Publikum. An manchen Tagen sei zwar der Raum gefüllt, das Publikum könne sich aber einrichten; der Aufenthalt auf dem Korridor sei nicht so schlimm. Wenn man die Sparkasse erweitern werde, dann sei es Zeit, an die Frage heranzutreten. Warum solle man sich schon jetzt mit einer Sache den Kopf zerbrechen, die erst in etwa 10 Jahren spruchreif sein werde.

Stv. Mallon bemerkte, der Sparer solle dem Steuerbeamten nicht sichtbar sein. Steuer- und Sparkassenräume müssen vollständig getrennt sein. Jetzt herrschen Uebelstände; es fehle tatsächlich an Raum.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Was geschehen sollte, dem ist Rechnung getragen. Die Beamten müssen mit einander in Verkehr stehen. Das Publikum ist vom Steuerkassenraum getrennt. In anderen Städten herrschen nicht so gute Verhältnisse, wie bei uns. In Berlin und Charlottenburg werden beispielsweise die Leute in die Sparkassenräume nach Marken vorgelassen; sie müssen oft recht lange auf den Straßen stehen. Hier in Thorn ist augenblicklich noch für längere Zeit Raum genug; wir können mit den gegenwärtigen Verhältnissen wohl zufrieden sein. Um übrigen soll ja das Ganze nur ein Provisorium sein. Falls sich die Räume als unzulänglich erweisen, dann werden die Zimmer des Kammerers und Vollziehungsbeamten zur Sparkasse hinzugenommen und der Dezernent in einem anderen Räume untergebracht. Wenn später Gebäude für das Archiv und Museum zur Verfügung stehen werden, dann wäre genügend Raum geschaffen.

Die weiteren Paragraphen bleiben nach dem Bericht des Referenten unverändert. Im § 26 wird statt „Decharge“ „Entlastung“ gesetzt. (Eine Anregung des Stv. Wendel, für das Wort „Revision“ „Prüfung“ zu setzen, wurde nicht stattgegeben.) § 30 regelt die Bureaustunden in der Sparkasse: von 8 bis 1 und 3 bis 5 Uhr. § 33 ist neu eingefügt und behandelt die Heimparbüchsen, wozu

Bürgermeister Stachowitz einige Erklärungen abgab: Die Heimparbüchsen haben sich in Amerika, Oesterreich und Dänemark gut bewährt. Der Sparer erhält die kleine Sparkasse, während den Schlüssel der Beamte der Sparkasse behält, so daß der Sparer gar nicht in der Lage ist, die Sparkasse öffnen zu können. Wenn auf der Sparkasse von einem Beamten diese sogenannte Heimsparkasse geöffnet ist, wird die darin enthaltene Summe auf das Sparkassenkonto des betreffenden Sparerers eingetragen. In Amerika sind nach diesem System viele Millionen gespart worden. Man habe auch in Thorn die Einführung vorgesehen. Das Verfahren sei sehr einfach. Der Preis für eine Heimsparkasse stelle sich auf 2 Mark, dieser Betrag, der vom Sparer selbst getragen werden müsse, werde verzinst. Hoffentlich werde man damit in Thorn gute Erfolge erzielen. Im übrigen handle es sich ja auch nur um einen Versuch.

Der letzte § 35 regelt die Bekanntmachung in den amtlichen Anzeigebüchern des Magistrats. Die Vorlage wird genehmigt.

Ueber

Feuerwehrangelegenheiten referiert Stv. Jähner. Zunächst handelte es sich um Erhöhung der Gebühren für die Feuerwehr und zwar soll fortan der Brandmeister 4,50 Mk. erhalten, der Feuerwehrmann 2 Mk.; das bedeutet eine Erhöhung gegen die bisherigen Sätze von 50 Pf. Zu-

dem erhöht sich der Satz beim Feuerwehrmann auf 2,25 Mk., wenn er Feuerwache beim Theater hat. Nach Abzug von fortfallenden Ausgaben für Löscharbeiten rechnet man hierbei mit einer jährlichen Mehrausgabe von etwa 500 Mark.

Stadtbaurat Bauer bemerkte hierzu, daß die Vorlage im Zusammenhang mit der nächsten Verschmelzung der städtischen und freiwilligen Feuerwehren stehe. Künftig erfolge die Feuerlöschhilfe unentgeltlich, nur die größere Arbeit werde bezahlt, und zwar, wie früher, extra, ebenso die Nachwachen. Die Gebühren für Nachwachen seien seit 1896 nicht erhöht. Die Forderung auf Erhöhung dieser Gebühren sei gerechtfertigt, weil die Löhne durchweg verändert sind. Durch Erhöhung der Wachgelder erwache eine Mehrausgabe von 970 Mk. Durch den Fortfall der Ausgaben für Feuerlöschhilfe ermäßige sich dieser Betrag auf etwa 500 Mk. In Betracht kommen bei der Erhöhung 24 Mann.

Stv. Bock fragt an, was angesichts der Verschmelzung der beiden Wehren die Zukunft bringen werde. Unsere Feuerwehr sei in den Grundmauern erschüttert worden. Er frage, was geschehen werde. Man erzähle sich, daß die Stelle eines Brandinspektors ausgeschrieben und eine fachmännische Kraft von auswärts herangezogen werden solle. Liege dieses vor, so sei seines Erachtens, die Vorlage verfrüht. Wenn ein Fachmann gegen festes Gehalt angestellt werde, so werde dieser Herr die Feuerwehr nach seinem Stil reformieren. Aus diesem Grunde sei die Vorlage verfrüht. Wenn dieses aber nicht vorliege, sei ebenfalls kein Grund vorhanden, Aenderungen vorzunehmen. Bis jetzt habe man tatsächlich recht billig gewirtschaftet und trotz der billigen Wirtschaft gute Resultate erzielt. Die freiwillige Feuerwehr habe allerdings für unsere Verhältnisse etwas nachgelassen, dagegen habe aber die städtische Feuerwehr allen Anforderungen entsprochen, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt. Er bitte um Aufklärung, was für die Zukunft in Aussicht genommen sei.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Daß unsere Feuerwehr in ihren Grundpfeilern erschüttert sei, wie sich der Herr Stadtverordnete Bock ausdrückte, davon ist mir nichts bekannt. Auf die Frage, ob große Umwälzungen in Aussicht genommen seien, kann ich nur bemerken, daß alles ziemlich beim Alten bleiben soll. Durch die Verschmelzung sollen sich die beiden Wehren nur näher gebracht werden. Es wird dadurch etwas mehr Festes, etwas mehr Einheitliches geschaffen. An dem Geiste soll nichts geändert werden. Ich will darauf hinweisen, daß der Geist der Feuerwehren früher ein guter gewesen ist und es auch heute noch ist. Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr tun auch noch heute ihre Pflicht, sie sie es früher getan haben. Sie sind jetzt mit demselben Eifer am Platze, wie früher. Die geplante Besetzung des Postens eines Feuerwehrinspektors trifft zu. Nachdem Herr Leipolz aus Gesundheitsrücksichten seine Stellung gekündigt hat, haben wir uns umgesehen, wem wir die Stelle übertragen könnten, und sind zu dem Resultat gekommen, daß sich diese Stelle nebenamtlich auf die Dauer nicht halten läßt, mit Rücksicht auf das Wachstum unserer Stadt und ihre räumliche Ausdehnung, namentlich auch bei Bränden in Mocker, und daß es aus diesen Gründen zweckmäßig wäre, für den Posten eines Brandinspektors eine Persönlichkeit zu finden, die in der Hauptsache ihre Kräfte dieser Stellung widmet. Mit der Prüfung dieser Frage sind wir noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Sobald der Magistrat in der Lage sein wird, einen Beschluß zu fassen, wird Ihnen eine diesbezügliche Vorlage zugehen. Indessen hat der Herr Baurat beschlossen, in der organisatorischen Tätigkeit schon jetzt vorzugehen, zumal Ende Mai und Anfang Juni hier ein Feuerwehreffest sämtlicher Wehren Westpreußens stattfindet und er den Fremden eine geeinte und gefestigte Thorner Wehr vorführen möchte, um vor dem kritischen Blick anderer Wehren bestehen zu können. Durch die Vereinigung der beiden Wehren vergeben wir uns gar nichts. Der gewählte Leiter der vereinigten Wehren

untersteht dem Baurat und hat nur im einzelnen die Ausbildung der Mannschaften wahrzunehmen. Diese Organisation hat sich in vielen Städten, auch in größeren, nach den eingezogenen Auskünften vorzüglich bewährt. Es wird nichts geändert, auch wenn ein Feuerwehrintspektor von auswärts hierher kommt. Die Erhöhung der Beiträge für die Feuerwache wird durch die veränderten Zeitverhältnisse gerechtfertigt. Wenn sich ein Feuerwehrmann die ganze Nacht auf der Wache aufhält und dafür nur 1,50 Mk. erhält, so ist dies gering bezahlt. Auch die Bezahlung der Spritzenmeister mit 4,50 Mark ist eine entsprechende Entschädigung und angemessene Forderung. Anders liegt der Fall bei der freiwilligen Feuerwehr. Deren Mitglieder erhalten nicht und fordern auch nicht eine Entschädigung. Sie halten nach der Verschmelzung nur gemeinschaftliche Übungen ab und werden dadurch kameradschaftlich näher gebracht. Auf diese Weise kommt mehr eine Geschlossenheit nach innen und nach außen zustande, Reibungen werden dadurch in Zukunft vermieden.

**Stv. Bock:** Danach besteht ja zwischen den Feuerwehrlern doch ein Unterschied, indem die einen zum Wachdienst herangezogen werden und die anderen nicht. Auf diese Weise kommt es, daß die städtische Feuerwehr stets zuerst auf der Brandstelle eintrifft. Etwas einheitlicheres wird durch die Verschmelzung nicht geschaffen. Daß der neue Brandinspektor dem Baurat unterstellt werden soll, verstehe ich nicht. Der Baurat ist doch ein Laie auf diesem Gebiet. Ein Fachmann wird sich diese Unterordnung nicht gefallen lassen. Wir hatten hier einen alten Feuerwehrintspektor, der unersetzlich ist. Er soll sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt haben, ich sehe aber dem Herrn keine Krankheit an. Wenn er seinen Dienst gekündigt hat, so ist dies zu verstehen: Wenn ihm bei kolossaler Kälte ein Wasserstrahl ins Gesicht fährt und seine Bitte, abtreten zu dürfen, abgeschlagen wird, so kann man sich lebhaft in seine Gefühle hineinversetzen. Unter solchen Umständen wird man auch dem neuen Brandinspektor nicht zumuten können, daß er arbeiten werde. Ich stelle den Antrag, es beim Alten zu belassen oder aber die Vorlage zurückzustellen, bis der neue Brandmeister eingestellt ist.

**Oberbürgermeister Dr. Kersten:** Was Herr Bock über Herrn Leipolz bemerkte, daß er unersetzlich sei, so muß ich dem doch widersprechen: Kein Mensch ist unersetzlich! Trotzdem erkenne ich an, daß sich Herr Leipolz in vieler Beziehung nützlich gemacht und Verdienste erworben hat. Alles hat aber auch sein Ende. Zunächst ist Herr Leipolz nicht unersetzlich. Für jeden Posten gibt es brauchbare Menschen; jeder kann ersetzt werden. Wenn an uns das Ersuchen gestellt wird, das alte Verhältnis wiederherzustellen, so muß ich dies mit Entschiedenheit zurückweisen. Wer soweit gegangen ist, wie Herr Leipolz, kann nicht wieder in eine solche Stellung zurückberufen werden. Wenn ein Vorgesetzter einem Untergebenen Unrecht getan hat, so gibt es für diesen Mittel und Wege, sich Benützung zu verschaffen. Herr Leipolz hatte das Recht und die Pflicht, bei der vorgelegten Behörde, in diesem Falle bei mir, vorstellig zu werden und mir zu sagen: Das und das ist mir passiert; ich bitte um Remedium. Er hätte Benützung bekommen. Herr Leipolz hat in dieser Angelegenheit bis heute nichts getan. Er hat lediglich eine Kündigung dem Magistrat eingereicht mit der Motivierung, daß seine Gesundheit, ihn nötige, von seiner Stelle zurückzutreten. Daß Herr Leipolz wegen einer Beleidigung zurückgetreten ist, kann ich nicht annehmen; denn sonst hätte uns Herr Leipolz belogen, wenn er zurückgetreten wäre, und dabei gedacht hätte: Seht zu, ob ich unentbehrlich bin, oder nicht. — Meine Herren! Die Verhandlungen haben sich in die Länge gezogen. Herr Leipolz hätte noch Gelegenheit gehabt, an die richtige Stelle heranzutreten. Es wäre wohl über die ganze Sache der Mantel der christlichen Nächstenliebe gedeckt worden; doch ist nichts von dem gesehen. Solch ein Mann in dieser verantwortlichen Stellung aber, der die Autorität so wenig achtet, kann nicht mehr den verantwortlichen Posten übernehmen. Sie werden nicht billigen können, daß einem derartigen Antrag stattgegeben wird. Wir müssen jetzt mit anderen Verhältnissen rechnen. Es wird Ihnen eine Regelung vorgeschlagen, die etwas mehr kosten wird, den Zeitverhältnissen aber mehr entspricht. Was die Unterstellung unter eine andere Aufsicht anbelangt, speziell, daß der Feuerwehrintspektor niemandem unterstellt werden solle, so muß auch bei uns der Feuerwehrintspektor dem Baurat unterstellt werden; anders läßt sich das nicht machen. Natürlich wird ein ganz genaues Verzeichnis seiner Befugnisse aufgestellt, damit Reibereien vermieden werden. Es wird zu diesem Zwecke eine neue Organisation ausgearbeitet.

**Stadtbaurat Bauer:** Daß der Zwiespalt in den beiden Wehren durch die Wachen hervorgerufen sei, entspricht nicht den Tatsachen; da ist Herr Bock falsch unterrichtet. Durch die Wachen ist kein Zwiespalt entstanden. Kürzlich war ein städtischer Feuerwehrmann vom Wachdienst dispensiert. Die Zumutung

an die freiwillige Feuerwehr, die Nachwache zu übernehmen, wurde von vielen Seiten mit großer Entrüstung zurückgewiesen. Die städtische Feuerwehr war immer eher zur Stelle. Die Mißgunst zwischen den beiden Feuerwehren war von jeher eine große. Nachdem Redner ein Beispiel gelegentlich eines Brandes angeführt hatte, wo sich zwei Feuerwehrlente wegen der Bepannung umhergerissen hätten, schloß er: So konnte es nicht weiter gehen. Vorläufig hat man eine einheitliche Leitung erreicht. Der älteste Brandmeister hat jetzt stets das Kommando. Als Feuerherr kann ich der freiwilligen Wehr kein gutes Zeugnis ausstellen; die Übungen waren schlecht besucht. Jetzt werden sie besser besucht. Allerdings werden 3 Tage in der Woche an die Mitglieder angestrenzte Dienststunden gestellt und es ist daher auch erklärlich, wenn sie nicht zu jeder Sache kommen.

**Stv. Wendel** erklärte, die Verschmelzung der beiden Wehren wäre nur ein künstliche, und äußerte sich zu beiden Vorlagen in ablehnendem Sinne; zum mindesten sollte man die Vorlagen verlegen.

**Stv. Ackermann** hielt die Erhöhung der Gebühren für die Feuerwache für notwendig und trat im übrigen für Vertagung des zweiten Punktes, Verschmelzung der beiden Wehren, ein.

**Stadtbaurat Bauer** erklärte nochmals die Erhöhung der Gebühren für gerechtfertigt. Was die Verschmelzung der beiden Wehren anbelange, so hätten beide Wehren einen dahingehenden einstimmigen Beschluß gefaßt. Man würde beiden Wehren durch die Nichtanerkennung der Verschmelzung wehe tun. Hierzu habe man kein Recht, sondern könne höchstens nur von der bereits vollzogenen Tatsache Kenntnis nehmen.

**Stv. Wartmann** erblickte in der Verschmelzung eine Verbesserung.

Nachdem sich noch Oberbürgermeister Dr. Kersten und Stv. Ackermann für die Vorlage ausgesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. — Die Vorlagen wurden sodann gegen eine kleine Minorität angenommen.

Ueber Verwendung für Insekten-Vertilgung bewilligter Mittel zur

**Verbesserung der Kulturen** referierte Stv. Kadke. Der Herr Oberförster verlangt nachträglich für Bekämpfung des Riefenspinners, der von Schülz über die Weichsel in die städtischen Forsten gewandert sei, etwa 900 Mark. Bei dieser Gelegenheit bemängelte

**Stv. Bock** unsere Kulturen in Weißhof, die in der Tat wirklich jämmerlich aussehen. Gleichzeitig verbreitete sich Redner über die Kaninchenplage. Es werden nicht weniger, im Gegenteil, von Jahr zu Jahr immer mehr Kaninchen, die in den Kulturen und Gärten ungeheure Schäden anrichten. Es müßten alle Mittel angewendet werden, um der Plage zu begegnen.

**Oberbürgermeister Dr. Kersten** betonte, daß er strenge Anordnungen getroffen habe, der Kaninchenplage zu Leibe zu gehen. Im vorigen Winter habe man gute Erfolge erzielt, indem man über 1200 Stück zur Strecke gebracht habe. Welche Vorteile diese Anzahl zu bedeuten habe, legte Redner zahlenmäßig dar. Wenn von diesen 1200 Stück nämlich 600 Weibchen wären, die im Laufe des Sommers je  $3 \times 5 = 15$  Junge geworfen hätten, von diesen Jungen die Hälfte wiederum je  $2 \times 5 = 10$  und der letzte Satz je  $1 \times 5$ , dann ergäbe dies schon eine ungeheure Zahl. Doch die Kaninchen seien noch da, auch trotz des strengen Winters. Die Forstbeamten seien angewiesen, Kaninchenbaue aufzusuchen und zu vernichten. Jeden Montag müsse ihm darüber Bericht erstattet werden. Er kontrolliere oft persönlich die Beamten. Doch alle Maßnahmen können die Plage nicht aus der Welt schaffen, wenn nicht auch der Militäriskus gegen die Kaninchenplage energisch vorgehe. In den Wäldern, deren Betreten dem Publikum untersagt ist, gedeihen die Kaninchen besonders gut. Er glaube, daß die Militärverwaltung gegen die Kaninchen nicht mit der erforderlichen Strenge und Sachkunde, wie sie es versprochen, vorgehe. Was weiter die Kulturen in Weißhof betreffe, so sehen sie ja recht traurig aus. Dort walle aber ein widriges Schicksal. Die Kulturen wollen nicht wachsen. Hier stehe auch der Oberförster vor einem Rätsel. Er habe allerdings zugegeben, daß er zu große Flächen kultiviert habe, um das Gelände schneller aufzuforsten. Immerhin ist aber schon manches nachgebessert worden. Doch sterben immer wieder größere Flächen ab. Vom nächsten Jahre ab wolle man, da mit Nadelholz nichts zu machen wäre, die Fehlstellen mit Birken, Akazien und Eschen bepflanzen. Die Birke gebehe an den fraglichen Stellen besonders gut. — Der Herr Oberbürgermeister beruhigte Herrn Bock und erklärte, daß alles getan werde, um den üblen Erscheinungen auf den Grund zu gehen. Es sei bis dahin aber leider noch nicht gelungen, Wandel zu schaffen. Trotzdem werde die Versammlung wohl nichts gegen die beantragte Nachbewilligung von 900 Mark einzuwenden haben.

**Stv. Gentschel** bemerkte, daß die Kaninchen nun auch Mocker heimsuchten (Zuruf aus der Versammlung: „Sind auch eingemeindet!“ — Heiterkeit) und großen Schaden anrichteten. Redner beschwert sich dann, daß der Oberförster der Kaninchenjaß durch Fretchen Schwierigkeiten in den Weg lege.

**Oberbürgermeister Dr. Kersten** erklärte, daß jedermann auf seinem Grundstück auf Kaninchen Jagd machen könne, mit einem Bewehr allerdings fremden Boden nicht betreten dürfe. Der Oberförster könne die Kaninchenjagd nicht verbieten. Nachdem noch der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß alles getan werde, um der Kaninchenplage zu begegnen, wurde die Vorlage genehmigt.

Bei der Vorlage über unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden zum

**Bau der Eisenbahn Thorn-Unislaw** hielt Oberbürgermeister Dr. Kersten folgenden Erläuterungsvortrag: Die Nebenbahnvorlagen, die alljährlich im preussischen Landtag eingebracht werden, sehen als erste Grundbestimmung für Nebenbahnen an, daß die beteiligten Kreise den erforderlichen Grund und Boden kostenfrei zur Verfügung stellen. Nur wenn die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde nachgewiesen ist, werden die Kosten für den Grund und Boden auf den Staat übernommen. Im Landtage ist diese Maßregel wiederholt zur Rückschau genommen, ob eine beantragte Bahn als Bedürfnis anerkannt wird oder ob nicht zu viel Beschrei erhoben worden ist, daß den beteiligten Interessenten wirtschaftliche Vorteile durch die neue Bahn erwachsen. Dies ist der beste Maßstab für die Beurteilung. Kommen Sie nicht zu der Ueberzeugung, daß die wirtschaftlichen Interessen durch die unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens ein Äquivalent erhalten, dann zieht der Staat den Schluß, daß die Bahn eine so wenig wirtschaftliche Bedeutung habe, daß sie zu bauen kein Bedürfnis vorliege, und der Staat die Verantwortung nicht übernimmt. Die Bahn Thorn-Unislaw ist im vorjährigen Etat aufgenommen. An dem Grund und Boden sind Thorn Stadt und Land, sowie Culm interessiert. Die Bahn führt von dem neuen Bahnhof Mocker nach Munsch, dort kommt der erste Bahnhof zu stehen, wendet sich dann an der Chaussee entlang durch unsere Forst nach Rosenberg und geht dann weiter nach Unislaw. Von uns, dem Stadtkreis Thorn, wird ein Terrain von 10 ha verlangt. Es läßt sich die Sachlage heute nicht so übersehen, daß man bestimmte Ziffern nennen kann, wieviel die 10 ha kosten werden. Nicht um den Wert des Grund und Bodens geht es, sondern um die wirtschaftlichen Vorteile. Vornehm kann man bestimmte Angaben nicht festlegen, in der Hauptsache erst beim Bau selbst. Um sparsam zu wirtschaften und bei der erheblichen Belastung des Stadtkreises, kann man eine bestimmte Summe hier nicht nennen, auch nicht den Beteiligten schon jetzt einen Fingerzeig geben, was wir anlegen müssen. Das müssen sich schon die einzelnen Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums selbst zurechtlegen, was dort in jenem Teil von Mocker für die 10 ha von den verschiedensten Grundstücken aufzuwenden sein wird. Diese Kosten muß der Stadtkreis übernehmen. Ebenso muß auch der Landkreis Thorn und der Kreis Culm das Seine dazu beisteuern. Kommen Sie zu der Ueberzeugung, daß die neue Bahn erhebliche wirtschaftliche Vorteile für Thorn bringt, nicht nur den Thorer Landkreis uns erschließt, sondern auch das Culmer Land und die Stadt Culm, die sich gegenwärtig stark nach Bromberg hinzieht, zu dieser Ueberzeugung sind wir im Magistrat gekommen und haben die langjährigen Bestrebungen der Handelskammer auf diesem Gebiet für berechtigt erkannt, weil sie große Vorteile für Thorn bieten, dann stellen Sie die Summe für die 10 ha aus den städtischen Fonds dem Staat zur Verfügung. Ihr Ausschuß ist mit uns zu dieser Ueberzeugung gekommen. Lassen Sie demnach durch eine Ablehnung das Projekt nicht scheitern.

Ich möchte hierbei nicht unerwähnt lassen, was hierbei den Stadtkreis noch weiter betrifft, nämlich unseren Besitz im Landkreis. Die Bahn geht von Munsch durch unseren Wald. Die Strecke soll eine Breite von 25 Meter haben. Nun verlangt die Militärverwaltung stellenweise Freilegung einer Breite von 650, stellenweise sogar von 850 Meter. Es müßte hier ein großer Teil des Waldes abgeholt werden. Dieses Gelände brauchen wir nicht umsonst herzugeben. In erster Linie ist der Kreis zur Verpflichtung, einen Streifen Landes in einer Breite von 25 Meter herzugeben. Was der Militäriskus braucht, muß er vom Kreis gegen volle Berechnung des entstandenen Verlusts abkaufen, so daß wir eine gleiche Waldfläche an einer anderen Stelle anlegen können. Dies wollte ich nicht unerwähnt lassen. Doch hat dies mit unserer Vorlage nichts zu tun. Die Stadt hat zu erwarten, daß größere Terrains abgetreten werden müssen. Ich bitte hier davon abzusehen, sondern lediglich unsere Sache zu behandeln.

**Stv. Wolff** betonte die wirtschaftliche Bedeutung der Vorlage und empfahl Annahme. **Stv. Dreger** stellte zur Geschäftsordnung

den Antrag, die Angelegenheit in geheimer Sitzung weiter zu beraten.

Zum Schluß der Sitzung ging man dieserhalb zur geheimen Sitzung über, die aber, nachdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kersten erklärte, daß er seinen in öffentlicher Sitzung gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen habe, wieder in eine öffentliche umgewandelt wurde. Es wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen, das Gelände seitens der Stadt im Stadtkreis für die Bahn Thorn-Unislaw unentgeltlich herzugeben, dagegen das Gelände im Landkreis, soweit es vom Landkreis erworben werden muß, gegen eine entsprechende Entschädigung, ebenso das geforderte Mehrgelände, das die Militärverwaltung zu beiden Seiten des Bahngeländes beansprucht, ebenfalls nur gegen Zahlung des Wertes zu überlassen.

Ueber einen Vertrag mit der Königl. Preuss. Eisenbahnverwaltung über Austausch von Flächen und zu Waldschutzanlagen zur Verfügung zu stellende Flächen zu der durch den

**Bau des neuen Bahnhofs Thorn-Mocker** erforderlich werdenden Verlegung der Thorn-Marienburger Bahn referierte

**Stv. Jährer:** In Frage komme Gelände von Katharinenflur beim Rennplatz. Der Preis sei gegenseitig auf 5300 Mark festgesetzt.

**Oberbürgermeister Dr. Kersten:** Durch die notwendige Verlegung des Bahnhofs Mocker wird eine Strecke frei. Diese Strecke beabsichtigte die Eisenbahnverwaltung zu verkaufen. Dieser Streifen zieht sich in der Hauptsache neben unserem Gelände hin, in einer Breite von 20 bis 25 Metern. Wenn dieser Streifen Landes in andere Hände käme, könnte das für uns unangenehm werden. Es ist gelungen, diese frei werdende Stelle für uns zu gewinnen, und zwar haben wir uns auf einen Austausch geeinigt, den die Eisenbahnverwaltung für die neue Trace nötig hat. Was wir abgeben, ist nicht so groß als das, was wir vom Eisenbahnfiskus erhalten. Diese Fläche ist etwas größer als unsere, zum Teil für uns auch wertvoller, weil der neu erworbene Streifen an der Chaussee liegt. Für uns kommt bei der Übergabe nur die Unannehmlichkeit in Betracht, daß die Eisenbahn unser Terrain quer durchschneidet. Nach reiflicher Ueberlegung sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese wirtschaftliche Ersparnis durch die übrigen Vorteile aufgehoben wird. Darum haben wir es nicht erst zu einer Enteignung unseres Geländes kommen lassen.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte weiter der Herr Oberbürgermeister, daß die an die Eisenbahnverwaltung abzutretende Fläche 2,26 ha betrage, wovon 39 ar Eigentum der Stadt bleiben, allerdings bei beschränkter Nutzung. Das an die Stadt abzutretende Gelände hat einen Flächeninhalt von 3,52 ha.

Nachdem noch auf eine Anfrage des Stv. Ackermann Stadtrat Falkenberg bemerkt hatte, daß der Grund und Boden des alten Bahnhofs Mocker bestehen bleibe, wurde die Vorlage bewilligt.

**Kleinere Vorlagen.**  
Die Protokolle der monatlichen ordentlichen Kassenrevision sämtlicher städtischen Kassen am 25. April gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß. — Für unentgeltliche Benützung der Dillischen Badeanstalt, wofür jährlich 450 Mk. gezahlt wurden, bewilligte die Versammlung jetzt 500 Mk. — An Umzugskosten wurden dem von Wiesbaden hier angestellten städtischen Landmesser Roholl 664 Mk. gewährt. — Gegen die Beleihung des Grundstücks Altstadt Blatt 247 in Höhe von 10 600 Mk. wurden Einwendungen nicht erhoben, desgleichen nicht gegen die Beleihung des Grundstücks Fischerstraße 9 mit 15 000 Mk. — Als Beihilfe zu einer Festschrift über die St. Georgenkirche (Einen längeren Auszug hat die „Thorer Zeitung“ daraus bereits in der letzten Sonntagsausgabe gebracht. Anmerkung der Redaktion.) wurden Herrn Pfarrer Heuer 85 Mk. bewilligt. (400 Mk. hat bereits das Kultusministerium bewilligt; durch freiwillige Spenden sind 50 Mark aufgebracht worden.) — Zur Ausschmückung der Straßen aus Anlaß der Anwesenheit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, zur Einweihung der St. Georgenkirche in Thorn-Mocker am 17. Mai wurden 2000 Mk., und zwar 1500 Mk. für Ausschmückung der Straßen und 500 Mk. zur Anschaffung von Fahnen, gefordert und ohne Debatte bewilligt. Wie der Herr Oberbürgermeister bemerkte, trifft der Prinz am 17. Mai 12<sup>30</sup> Uhr mittags auf dem Hauptbahnhof Thorn ein und fährt über die Brücke durch die Wilhelmstraße, Katharinenstraße, Elisabethstraße, Breite- und Culmerstraße, Culmer Durchbruch und Graudenzerstraße zur Georgenkirche. Die Anwohner der genannten oder angrenzenden Straßen, sowie des Altstädtischen und Neufeldischen Markts werden gebeten, ihre Häuser zu schmücken. Für feierlichen Schmuck der weniger angebauten Straßen werde die Stadt Sorge tragen. Bei dieser Gelegenheit empfehle es sich, auch das verbrauchte Fahnenmaterial zu erneuern. Nach der vollzogenen Weihe der Kirche begibt sich der Prinz auf demselben Wege, den er gekommen, nach dem Bahnhof zurück, um sofort abzureisen. An einem



